

116223-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Bildungszentrum der Steuerverwaltung BIZ, Erweiterung und Umbau - Objektplanung Gebäude und Innenräume
OJ S 34/2026 18/02/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Schleswig-Holstein vertreten durch Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de
Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Bildungszentrum der Steuerverwaltung BIZ, Erweiterung und Umbau - Objektplanung Gebäude und Innenräume
Beschreibung: Erweiterung und Umbau der Gesamtliegenschaft, Gebäude und Innenräume
Kennung des Verfahrens: c26ad22e-487c-49c2-8c2c-7acce6a27def
Interne Kennung: FG 2884 25D00801
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Malente
Postleitzahl: 23714
Land, Gliederung (NUTS): Ostholstein (DEF08)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Fragen zum Verfahren sind schriftlich über die E-Vergabeplattform oder per E-Mail an E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de zu stellen. Der Fragen- und Antwortenkatalog wird unter <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121014488> veröffentlicht.

Der ausgefüllte Teilnahmeantrag mit Anlagen ist in Textform mithilfe elektronischer Mittel über die E-Vergabeplattform www.meinauftrag.rib.de einzureichen. Hierzu ist eine einmalige Registrierung erforderlich. Auf der E-Vergabeplattform befindet sich zur jeweiligen

Vergabenummer für den Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen ein einziger Platzhalter. Über diesen ist der Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen entweder als eine Gesamtdatei im PDF-Format oder als ZIP-Datei mit Ordnerstruktur hochzuladen. Bewerbergemeinschaften haben für ihre Bewerbung den Teilnahmeantrag des bevollmächtigten Mitglieds der Bewerbergemeinschaft einschließlich seiner Anlagen hochzuladen. Diesem sind die Teilnahmeanträge aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft als Anlagen beizufügen. Entsprechendes gilt im Fall der Eignungsleihe für die anderen Unternehmen.

Die geforderten Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstigen Unterlagen sind für alle Leistungsbilder vorzulegen, die Bestandteil der ausgeschriebenen Leistung sind.. Soweit in dieser Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen auf Formblätter verwiesen wird, sind diese zu verwenden. Geforderte Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstige Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als Anlage beizufügen, sofern diese im Formblatt Teilnahmeantrag II-1 nicht bereits enthalten sind. Zu jeder Anlage ist die Anlagennummer einzutragen. Am Ende des Teilnahmeantrags sind die Anlagen in der Reihenfolge aufzuführen, in der sie auf den vorherigen Seiten angegeben wurden.

Den Einzelbewerbern sind Bewerbergemeinschaften gleichgestellt. Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft muss seine Eignung für den Leistungsteil nachweisen, den es übernehmen soll. Bewerbergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist sowie erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (Formblatt II-2 Erklärung der Bewerbergemeinschaft). Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern handschriftlich unterzeichnete Erklärung abzugeben.

"Beabsichtigt der Bewerber zur Erfüllung der Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), sind für jedes dieser anderen Unternehmen das Formblatt II-1 Teilnahmeantrag und die dort genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise oder sonstigen Unterlagen - sofern diese in der Auftragsbekanntmachung für den Bewerber selbst auch gefordert sind - gemeinsam mit dem Teilnahmeantrag des Bewerbers einzureichen. Unabhängig von der Rechtsnatur der Verbindungen zu den anderen Unternehmen muss der Bewerber mit seinem Teilnahmeantrag die vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten der anderen Unternehmen sowie die vorgesehenen anderen Unternehmen benennen (Formblatt II-3 Verzeichnis der Leistungen/ Kapazitäten anderer Unternehmen). Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle ist der Nachweis, dass die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen (z.B. mit dem Formblatt II-4 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen), vorzulegen. Für den Fall, dass der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, ist auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine Erklärung vorzulegen, wonach der Bewerber gemeinsam mit anderen Unternehmen in dem Umfang haftet, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden."

"Beabsichtigt der Bewerber Unteraufträge zu vergeben, ohne zur Erfüllung der Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (keine Eignungsleihe), ist eine Vorlage des Formblatts II-1 Teilnahmeantrag und der dort genannten

Angaben, Erklärungen, Nachweise oder sonstige Unterlagen für die Unterauftragnehmer grundsätzlich nicht erforderlich. Geprüft wird im Rahmen der Eignung nur die Eignung des Bewerbers. Der Bewerber hat jedoch als Anlage zum Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung abzugeben, welche Teile des Auftrags an andere Unternehmen vergeben werden sollen. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind die Namen der Unterauftragnehmer zu benennen und der Nachweis, dass die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen (z.B. mit dem Formblatt II-4 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen), vorzulegen. "

Gem. § 50 Abs. 3 VgV müssen Bewerber oder Bieter u.a. dann keine Eignungsnachweise beibringen, soweit die den Zuschlag erteilende Stelle bereits im Besitz dieser Nachweise ist. Dies kann dann der Fall sein, wenn Bewerber oder Bieter diese Nachweise bereits in einem früheren Vergabeverfahren eingereicht haben. Wollen sich Bewerber oder Bieter in einem laufenden Vergabeverfahren auf diese Verfahrenserleichterung berufen, so haben sie die Vergabenummer desjenigen Vergabeverfahrens anzugeben, in dem sie diese Nachweise eingereicht haben. Ohne Angabe der vorgenannten Vergabenummer kann auftraggeberseits nicht nachvollzogen werden, ob und welche Nachweise von den Bewerbern oder Bietern in früheren Vergabeverfahren vorgelegt wurden. Zu beachten ist, dass die Nachweise, auf deren Vorliegen sich Bewerber oder Bieter berufen, für das jeweilige Vergabeverfahren aktuell sein müssen.

Ausländische Bewerber können an Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Eignungsnachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn sie nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als deutscher Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption:

Betrug:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher

Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Zahlungsunfähigkeit:

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Bildungszentrum der Steuerverwaltung BIZ, Erweiterung und Umbau - Objektplanung Gebäude und Innenräume

Beschreibung: Die Ausbildung der Steuerverwaltung am Standort des BIZ Malente ist ein bedeutender Bestandteil der Nachwuchsförderung und umfasst jährlich rund 720 Auszubildende. Um die fachliche Kompetenz kontinuierlich zu erweitern, werden jährlich etwa 130 Fortbildungsseminare zu steuerlichen und verwaltungsbezogenen Fragestellungen angeboten, an denen rund 1.900 Teilnehmende teilnehmen. Im Rahmen einer Bedarfsplanung wurde die umfassende Neuordnung dessen Umsetzungen neben der Sanierung von Bestandsbauten auch Neubzw. Erweiterungsbau beinhaltet in Bauphasen unterteilt damit der laufende Betrieb der Liegenschaft gewährleistet ist. Hierbei beträgt die NUF für den Bestand 1840 m². Davon sollen 547 m² NUF umgebaut werden. Rund 3258 m² NUF sollen neu gebaut werden; diese teilen sich auf in einen freistehenden Baukörper für Verwaltung und Lehre mit 1858m² NUF, 435m² als Anbau Küche und Mensa und 965m² NUF Anbau Wohnen. Das BPlan Verfahren der geplanten Maßnahme ist bereits abgeschlossen. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt im laufenden Betrieb des Bildungs und Informationszentrums. Während der gesamten Bauphasen bleiben Nutzende auf dem Gelände anwesend. Um den Ausbildungs- und Seminarbetrieb uneingeschränkt fortführen zu können, werden geeignete Interimsmaßnahmen eingerichtet, die eine reibungslose Durchführung der Lehr- und Verwaltungsaktivitäten sicherstellen. Dadurch wird gewährleistet, dass die betrieblichen Abläufe trotz der baulichen Veränderungen in allen Phasen aufrechterhalten werden können. Im BIZ bestehen unterschiedliche Nutzungsbereiche mit jeweils spezifischen Anforderungen. Zu den Bereichen mit Arbeitsplätzen zählen die Verwaltung, Administration und Anmeldung, die Lehrbereiche für Ausbildung und Weiterbildung sowie die Küche mit Versorgungseinrichtungen, Mensa und Lounge. Der Garten Richtung Kellersee steht unter Denkmalschutz. Aufgrund aktueller Einbruchereignisse ist eine Erhöhung der Sicherheitsstandards im BIZ erforderlich. Hierzu gibt es eine sicherheitstechnische Stellungnahme und es werden im Rahmen eines Sicherheitskonzeptes die umzusetzenden baulichen Erfordernisse konkretisiert. Der Lieferverkehr umfasst Lieferwagen und kleine LKW für Küchenanlieferungen sowie für Verbrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs. Je nach Bedarf kann dies unregelmäßig, bis zu täglich, erfolgen. Der PKW Verkehr ist insbesondere an Montagen für Anreisen und an Freitagen für Abreisen höher. Auch an anderen Tagen finden Fahrten im Rahmen von Fortbildungen oder durch Mitarbeitende statt. Die Müllentsorgung erfolgt in Straßennähe. Der Campus wird als verbindender Außenbereich mit Aufenthaltsqualität gestaltet. Bestehende Bäume werden soweit wie möglich geschützt, auch wenn sie im Bebauungsplan als abgängig eingestuft sind. Die Oberflächen sollen größtenteils versickerungsfähig sein, und die im Bebauungsplan geforderten Ersatzpflanzungen werden umgesetzt. Das vorliegende Konzept beruht auf einer Trennung zwischen Fahrzeugverkehr (nördlicher Bereich) und fußläufigem Verkehr auf der Südseite der Gebäude. Für die Neubauten Haus E (Verwaltung/Lehre) und A1 (Wohnen) ist idealerweise ein hoher Vorfertigungsgrad zur Bauzeitoptimierung zu wählen. Möglichkeiten können hier die Modul- bzw. Elementbauweise sein. Ein hoher Vorfertigungsgrad reduziert die Bauzeit, senkt Folgekosten durch kürzere Anmietung externer Unterkünfte und verkürzt die Einschränkungen für Parkflächen, wodurch ein Shuttleservice nur zeitlich begrenzt benötigt wird.

Bestandsgebäude wie das Haupthaus B sind energetisch zu sanieren (Außendämmung, Fensterelemente, etc.). Der Wohnraum im Dachbereich ist teilweise bereits gedämmt. Im Rahmen der hochbaulichen Planung ist zu prüfen, ob eine schadensfreie Konstruktion am DachFassadeAnschluss möglich ist. Steildächer mit Schieferdeckung und ZinkStehfalz an Gauben sind hochwertig und grundsätzlich zu erhalten; falls thermische Wärmebrücken dies verhindern, ist die Dämmung bzw. Eindeckung zu erneuern. Balkone sind sanierungsbedürftig und sollen mit der Fassadensanierung einbezogen werden. Das Flachdach von Haus B2 muss saniert werden. Das Dach von Haus C wird energetisch ertüchtigt; dabei ist die Holzbalkendecke gegebenenfalls an die Anforderungen, insbesondere für zusätzliche Lasten wie PVAnlagen, anzupassen.

Interne Kennung: FG 2884 25D00801

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Malente

Postleitzahl: 23714

Land, Gliederung (NUTS): Ostholstein (DEF08)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/07/2026

Enddatum der Laufzeit: 30/06/2034

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 740 659,46 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance# Über die in Abschnitt 5.1.9 genannten Erklärungen und Nachweise zu den Eignungskriterien hinaus sind mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen: 1.) Eigenerklärung darüber, dass die in § 123 Abs. 1-4 und § 124 Abs. 1 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber nicht zutreffen. 2.)

Erklärung zum Nichtvorliegen eines Bezugs zu Russland im Sinne der Verordnung (EU) 2022 /576 mittels Formblatt „Eigenerklärung zu Aufträgen und Konzessionen oberhalb der EU-Schwellenwerte“

Hinweis für eine eventuelle Auswahlentscheidung nach § 51 Abs. 1 VgV: Sofern die Zahl der geeigneten Bewerber, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert und damit zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden, gemäß den Angaben in Abschnitt 5.1.9 begrenzt ist, erfolgt die Auswahl derjenigen Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, mithilfe der „Arbeitshilfe Teilnahmewettbewerb Auswahlmatrix“ anhand der darin genannten Kriterien und über die darin beschriebene Wertungsmethode.

Bindefrist 3 Monate

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über den jährlichen Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten 3 Geschäftsjahren (jahresweise).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über den jährlichen Umsatz des Bewerbers in den letzten 3 Geschäftsjahren (jahresweise) für Leistungen, die dem hier ausgeschriebenen Auftragsgegenstand entsprechen, soweit dieser vom Gesamtumsatz abweicht

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung, welche Teile des Auftrags der Bewerber unter Umständen an andere Unternehmen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt. Hinweise zur Bewerbung mit Unterauftragnehmern: siehe Abschnitt 2.1.4 dieser Bekanntmachung und „Hinweise für Bewerbergemeinschaften, Eignungsleihe und Unteraufträge“ im Teilnahmeantrag (Formblatt II-1).

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: "Nachweis einer gültigen Berufshaftpflichtversicherung mindestens in Höhe von 1.500.000,00 Euro für Personenschäden sowie 500.000,00 Euro für sonstige Schäden oder eine verbindliche Erklärung des Haftpflichtversicherers, dass die bestehende Haftpflichtversicherung im Auftragsfall auf die geforderte Mindestdeckungssumme erhöht wird. In diesem Fall ist der Nachweis der ausreichenden Haftpflichtversicherung vor Erteilung des Auftrags nachzureichen."

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten 3 Jahren (jahresweise).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis über die Eintragung im Handelsregister oder in einem vergleichbaren Register (z.B. Partnerschaftsregister), soweit für den Bewerber erforderlich

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis über die Eintragung im Berufsregister (z.B. Architektenliste, Liste der Beratenden Ingenieure), soweit für den Bewerber erforderlich.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: "Geeignete Referenzen (mind. 3): Nachweis über die in den letzten 5 Jahren (Erbringungszeitraum) erbrachten wesentlichen Dienstleistungen unter Verwendung des Formblatts II-1-1 (Referenzen), das für jede Referenz gesondert und jeweils vollständig auszufüllen ist. Der Erbringungszeitraum wird zurückgerechnet vom Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge (Abschnitt 5.1.12). Als „erbracht“ gelten Dienstleistungen, bei denen die Leistungsphase (LPH) 7 im Erbringungszeitraum abgeschlossen und die LPH 8 im selben Zeitraum mindestens begonnen wurde." Hinweise für eine etwaige Auswahlentscheidung

1. Für den Fall, dass der Bewerber mehr als 3 Referenzen einreicht, hat er im Formblatt Teilnahmeantrag II-1 die Reihenfolge anzugeben, in der die Referenzen im Zuge einer etwaig erforderlichen Auswahlentscheidung (§ 51 Abs. 1 VgV) berücksichtigt werden sollen.

2. Im Zuge der Auswahlentscheidung werden u.a. die im Formblatt II-1-1 Formblatt Referenzen gemachten Angaben zur Referenz mit dem ausgeschriebenen Objekt und den zu vergebenden Leistungen verglichen und bewertet (siehe „Arbeitshilfe Teilnahmewettbewerb Auswahlmatrix“), und zwar von 3 Referenzen (Reihenfolge nach Maßgabe der vorstehenden Ziffer 1). Bewerber müssen bspw. damit rechnen, dass eine Referenz nicht die volle, sondern eine darunterliegende Punktzahl erhält, wenn die Referenzleistung zwar gem. den o.g. Anforderungen „erbracht“ (LPH 7 abgeschlossen und LPH 8 mindestens begonnen), insgesamt jedoch noch nicht beendet ist, bspw., weil die LPH 8 gerade erst begonnen wurde. Entsprechendes gilt bspw. für die Fälle, dass der Auftragswert der Referenzleistung weniger als 75 % des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden Dienstleistung beträgt, dass das Referenzobjekt in Bezug auf seine Planungsanforderungen (z.B. Honorarzone) hinter den Planungsanforderungen des ausgeschriebenen Objekts zurückbleibt oder dass die ausgeführte Referenzleistung einen geringeren Leistungsumfang aufweist als die zu vergebende Dienstleistung (z.B. in Bezug auf die erbrachten LPH). Die vorstehenden Wertungshinweise sind nicht abschließend und können im Einzelfall je Referenz mit entsprechenden Folgen für die zu erreichenden Punkte auch in Kombination angewendet werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Studien und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für die Inhaberin, den Inhaber oder die Führungskräfte des Bewerbers.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: Die Qualitätskriterien sowie die Bewertungsmethodik werden im Formblatt „II-6-2 Zuschlagskriterien und Wertung“ beschrieben.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 70

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Die Bewertungsmethodik wird im Formblatt „II-6-2 Zuschlagskriterien und Wertung“ beschrieben.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 13/03/2026 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121014488>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121014488>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121014488>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121014488>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 20/03/2026 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Unvollständige Teilnahmeanträge und Angebote werden grundsätzlich vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Bieter aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen innerhalb einer angemessenen Frist nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren (Nachforderung). Auf eine derartige Nachforderung dürfen die Bieter nicht vertrauen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: 1.) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten (§ 75 VgV, § 65 LBO SH). 2.) Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz vom 02.03.1974, geändert durch § 1 Nr. 4 Gesetz vom 15.08.1974.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR Nachprüfungsstelle Org.-Z. 812

Überprüfungsstelle: Vergabekammer beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Informationen über die Überprüfungsfristen: Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern (§ 155 ff. GWB). Gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Ein wirksam erteilter Zuschlag kann nicht aufgehoben werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Ist der Zuschlag bereits erteilt, kann die Unwirksamkeit eines Vertrages nach § 135 Abs. 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Land Schleswig-Holstein vertreten durch Gebäudemanagement
Schleswig-Holstein AöR
Registrierungsnummer: t:04315990
Postanschrift: Küterstraße 30
Stadt: Kiel
Postleitzahl: 24103
Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)
Land: Deutschland
E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de
Telefon: +494315992300
Fax: +494315991520
Internetadresse: <http://www.gmsh.de>
Profil des Erwerbers: <https://www.gmsh.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein
Registrierungsnummer: t:04319884640
Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94
Stadt: Kiel
Postleitzahl: 24105
Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de
Telefon: +49 431-988-4542
Fax: +49 431-988-4702

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR Nachprüfungsstelle
Org.-Z. 812
Registrierungsnummer: t:043159900
Postanschrift: Küterstraße 30
Stadt: Kiel
Postleitzahl: 24103
Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)
Land: Deutschland
E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de
Telefon: +49 431-599-1112
Fax: +49 431-599-1119

Rollen dieser Organisation:

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0006

Offizielle Bezeichnung: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
Registrierungsnummer: t:04315992300
Postanschrift: Küterstraße 30
Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24103
Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)
Land: Deutschland
E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de
Telefon: +49 431-599-2300
Fax: +49 431-599-1510
Internetadresse: <http://www.gmsh.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0007

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: dde8b67c-ec99-4444-ad42-ae4ec3e5f4ef - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 17/02/2026 14:10:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 116223-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 34/2026

Datum der Veröffentlichung: 18/02/2026